

ANTRAG

der Fraktion der FDP

Ganzheitliche Lösungen zur langfristigen Sicherung der Pflege

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Die Situation der Pflegeversorgung Mecklenburg-Vorpommerns ist angespannt. Ohne nachhaltige Maßnahmen werden sich die zugrundeliegenden Ursachen einander weiter verschärfen und die pflegerische Versorgung vieler Menschen langfristig gefährden.
2. Zu den Herausforderungen zählen unter anderem die steigende Zahl an Pflegebedürftigen, die gestiegenen Eigenanteile in stationären Pflegeeinrichtungen, ein fortwährender Fachkräftemangel, stetig steigende bürokratische Belastungen durch Dokumentationspflichten, eine angespannte finanzielle Situation der Pflege- und Krankenkassen sowie die mangelhafte Refinanzierung der Verpflichtung zur Zahlung von Tariflohn gemäß dem Gesetz zur Weiterentwicklung der Gesundheitsvorsorge und die damit aus Sicht mehrerer Verbände drohende Insolvenzwelle bei ambulanten Pflegediensten.
3. Um strukturelle Verbesserungen zu erreichen, bedarf es eines gesamtheitlichen Ansatzes, der sowohl eine umfassende Analyse der Rahmenbedingungen als auch eine koordinierte Umsetzung gezielter Maßnahmen umfasst.
4. Das Land hat die Verantwortung, in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen, Pflegeeinrichtungen und Pflegekassen eine leistungsfähige, regional gegliederte, ortsnahe und aufeinander abgestimmte ambulante und stationäre pflegerische Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. aufbauend auf einer umfassenden Analyse einen Maßnahmenplan vorzulegen, wie die Rahmenbedingungen in der Pflegelandschaft vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der fortschreitenden digitalen Transformation über den Zeitraum 2023 hinaus strukturell und finanziell gestärkt werden können. Die Maßnahmen sollen sowohl den ambulanten als auch den stationären Bereich umfassen. Dies umfasst insbesondere
 - eine dezidierte Auseinandersetzung mit den gesetzlichen und finanziellen Rahmenbedingungen, die aufzeigt, in welchen Bereichen das Land Abhilfe schaffen kann.
 - die Sicherung der Finanzierung allgemeiner und gesetzlich verursachter Kostensteigerungen.
 - den Abbau bürokratischer Hürden, die Konzentration von Dokumentationspflichten auf ein Mindestmaß und die stärkere Nutzung einer digitalen Unterstützung.
 - eine umfassende Strategie, um den Personalbedarf nachhaltig zu sichern. Hierzu gehören zusätzliche strukturelle Anreize, um die Attraktivität des Pflegeberufes zu erhöhen, die Gewinnung in- und ausländischer Fachkräfte sowie die Sicherung des Fachkräftenachwuchses.
 - ein optimiertes Zusammenwirken des Landes, der Kommunen, der Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen sowie der Pflege- und Krankenkassen.
2. sich auf Bundesebene für weitere Reformen der Pflegeversicherung einzusetzen. Diese sollen die langfristige Abfederung steigender Kosten in der Pflege sicherstellen und die besondere demografische und strukturelle Situation Mecklenburg-Vorpommerns einschließen.
3. in regelmäßigen Abständen, mindestens aber quartalsweise, den zuständigen Ausschuss über den Stand der Umsetzung zu informieren.

René Domke und Fraktion

Begründung:

Die strukturellen Rahmenbedingungen in der Pflegeversorgung Mecklenburg-Vorpommerns sind seit Jahren herausfordernd. Die ungünstige demografische Entwicklung (im Vergleich aller Bundesländer eine der ältesten Bevölkerungen und der höchste Anteil an zu Pflegenden pro Kopf), der Fachkräftemangel, die ungenügende Sicherung des Pflegekraftnachwuchses sowie die bürokratischen Belastungen (u. a. durch verschiedene Dokumentationspflichten) erschweren die Arbeitsbedingungen in der Branche enorm.

Um langfristig den Personalbedarf zu decken, müssen die Rahmenbedingungen für die Ausbildung im Pflegebereich verbessert werden. Der finanziellen Aufwertung der Ausbildung in Pflegeberufen muss im Sinne einer nachhaltigen Versorgungssicherheit eine Imagekampagne folgen, die die Berufe in der Pflege medial umfassender und zielgruppengerecht darstellt. Gerade jüngere Altersgruppen müssen hierbei besonders angesprochen werden. Neben einer verbesserten Außendarstellung müssen aber auch zusätzliche strukturelle Anreize (u. a. hinsichtlich der Arbeitszeitgestaltung, finanzielle Anreize) geschaffen werden, um die Berufe in der Pflege noch attraktiver zu gestalten.

Weitere kritische Punkte bilden steigende Kosten in den stationären Pflegeeinrichtungen (v. a. die Eigenanteile) und bei den ambulanten Pflegediensten, die durch die verpflichtende Zahlung von Tariflöhnen entsprechend dem auf Bundesebene verabschiedeten Gesetz zur Weiterentwicklung der Gesundheitsvorsorge verursacht werden. Insbesondere die ambulanten Pflegedienste, aber auch die Intensivpflege im Land stehen hier finanziell besonders unter Druck, da die Krankenkassen in Mecklenburg-Vorpommern eine zeitnahe Refinanzierung verweigert hatten. Den Landtag und die Fraktionen erreichen daher seit Monaten Schreiben von Pflegediensten bzw. Pflegeverbänden, die eindringlich davor warnen, dass aufgrund dieser Refinanzierungsproblematik vermehrte Insolvenzen bei den Pflegediensten zu befürchten sind. Der Bund hat in den letzten Jahren und auch aktuell zwar versucht, bei den genannten Herausforderungen mit Gesetzen punktuell gegenzusteuern. Aus der Praxis und von den verschiedenen Verbänden im Land wird jedoch stets gespiegelt, dass die bundesgesetzlichen Anpassungen nicht ausreichend oder teilweise sogar ursächlich für die verschärften Rahmenbedingungen in der Pflege seien.

Die Landesregierung ist daher aufgerufen, die genannten Herausforderungen in der Pflegeversorgung umfassend zu betrachten und entsprechend ganzheitliche Lösungsansätze zu entwickeln. Die wiederkehrende Fokussierung auf Einzelaspekte wird keine Abhilfe schaffen.